

Fotos, Videos, Berichte auf www.rhein-zeitung.de/rhein-hunsrück

Hilfe nach Vergewaltigung im Fokus

Frauennotruf Rhein-Hunsrück beteiligt sich an bundesweiter Kampagne und möchte Möglichkeiten für Opfer aufzeigen

Von Sina Ternis

Rhein-Hunsrück. Was tun nach einer Vergewaltigung? Astrid Rund vom Frauennotruf Rhein-Hunsrück hat die Erfahrung gemacht, dass viele Betroffene in solch einer Situation überfordert, dass sie mit einem hohen Schamgefühl behaftet sind und deswegen oft gar nicht aktiv werden. Dabei sei – ganz unabhängig von möglichen weiteren Schritten – die medizinische Versorgung ein ganz wichtiger, aber eben auch sensibler Aspekt. Und genau darum geht es bei der Kampagne „Hilfe nach Vergewaltigung“, die der Bundesverband der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe initiiert und dem sich der Frauennotruf Rhein-Hunsrück angeschlossen hat.

In Rheinland-Pfalz gibt es bereits in den Städten Mainz, Worms, Koblenz, Trier, Idar-Oberstein und Ludwigshafen Modellprojekte, bei denen die medizinische Versorgung, aber auch die psychosoziale Hilfe nach einer Vergewaltigung an erster Stelle stehen und die Betroffenen in den Fokus rücken. „Es wird darin anerkannt, dass es sich bei einer Vergewaltigung um medizinische Notfälle handelt“, nennt Astrid Rund einen der Punkte. Allerdings würden viele Frauen noch nicht einmal diese Hilfe in Anspruch nehmen, aus Sorge, dass sie gleichzeitig auch Anzeige erstatten müssten. Zudem sei im Fall einer vertraulichen medizinischen Versorgung die Abrechnung nach der Behandlung gesetzlich oft nicht geregelt gewesen. „Das alles hat viele Frauen davon abgehalten, sich an einen Arzt zu wenden“, weiß Rund. Viele Betroffene könnten sich unmittelbar nach der Tat nicht dazu entscheiden, Anzeige zu erstatten. Das liege zum einen daran, dass das Thema zu schambesetzt sei, zum anderen aber auch daran, dass die Sorge groß sei, dass man es nicht nachweisen könne. Immerhin hat der Gesetzgeber an dieser Stelle mittlerweile nachjustiert: Musste das Opfer früher beweisen, dass es sich gewehrt hat, reicht es heute aus, wenn es nachweisen kann, dass es Nein gesagt hat. Hierzu gab es vor einigen Jahren eine Kampagne mit dem Motto „Nein heißt Nein“.

Dennoch gehe ein Gerichtsprozess für die Betroffenen mit einer großen psychischen Belastung einher. Eigentlich sei es das Ziel, das Geschehene schnellstmöglich zu verarbeiten, aber hier komme noch einmal alles hoch, und das teilweise viele Jahre später. Vor allem wenn die Angeklagten in Berufung gehen, kann sich ein Prozess über viele Jahre ziehen. Das ist laut Rund auch ein Grund dafür, dass

im Jahr 2020 nur rund zehn Prozent aller Opfer überhaupt Anzeige erstattet haben.

Um die Beweisführung aus Opfersicht zu vereinfachen, sieht das Modellprojekt auf Wunsch auch neben der medizinischen Akutversorgung eine vertrauliche, gerichtsfeste Spurensicherung vor. Diese Spuren werden ein Jahr lang aufbewahrt – sodass sie im Falle einer Anzeige verwendet werden könnten. Zudem erfolgt die Vermittlung an ein Helfersystem, bei dem eine psychosoziale Beratung erfolgen kann. „Das setzt natürlich eine Verzahnung zwischen den einzelnen Institutionen und Protagonisten voraus“, weiß Sozialpädagogin Anne Lenhart, die ebenfalls zum Team des Frauennotrufs Rhein-Hunsrück gehört und sich hier vorwiegend um Kinder kümmert. Damit ebenfalls unmittelbar einher geht eine intensive Schulung der Beteiligten, also der Mediziner in den Krankenhäusern sowie den Mitarbeitern der Frauennotrufe und anderer Anlaufstellen für Opfer.

Schließlich sei das Thema Vergewaltigung ein sensibles und müsse auch entsprechend behandelt werden. „Eine Frau kann nicht in die Notfallaufnahme kommen, und dann wie jemand behandelt werden, der sich in den Finger geschnitten hat“, sagt Astrid Rund. Stattdessen müsse der Betroffene an die Gynäkologie verwiesen werden, um eine adäquate Versorgung zu gewährleisten. „Da geht es einfach um einen traumasensiblen Umgang.“

Auch die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit gehört in den Modellprojektorten dazu. Schließlich müssten die Opfer erfahren, dass sie ein Anrecht auf eine medizinische Versorgung haben und dass sie sich nicht darum sorgen müssen, dass auch gleichzeitig eine Anzeigenpflicht winkt. Dazu wurden verschiedene Plakataktionen gestartet und Busse beklebt, damit eine möglichst breite Öffentlichkeit erreicht wird. Im Rhein-Hunsrück-Kreis, der nicht Teil des Modellprojekts ist, gibt es solche Aktionen nicht. Zwar hatte Astrid Rund geplant, mit den Verantwortlichen der Hunsrück-Klinik Kontakt aufzunehmen und auch dort für das Thema zu sensibilisieren, allerdings sei dann Corona dazwischen gekommen. Deswegen verweist sie Betroffene derzeit an das Klinikum Kemperhof in Koblenz, wo bereits entsprechende Schulungen des Personals stattgefunden haben.

In den kommenden Jahren soll – so der Plan der Landesregierung – aus dem Modellprojekt ein landesweites Regelprojekt werden. Das könnte allerdings einige An-



Astrid Rund (links) und Anne Lenhart möchten Vergewaltigungsoffer sensibilisieren, sich nach der Tat medizinisch versorgen zu lassen. Sie beteiligen sich an der Kampagne „Hilfe nach Vergewaltigung“.

Foto: Sina Ternis

derungen gegenüber der aktuellen Fassung beinhalten. So sollen Opfer häuslicher Gewalt und Vergewaltigungsoffer die gleiche Behandlung erfahren. „Wir würden uns eigentlich eine explizite Behandlung für Vergewaltigungsoffer wünschen“, sagt Astrid Rund. Das liegt unter anderem darin begründet, dass es sich bei Vergewaltigungen immer um Offizialdelikte handelt, das bedeutet: Sobald die Polizei davon weiß, muss sie von sich aus ermitteln, das Opfer hat keinen Einfluss mehr darauf. „Deswegen bedarf es hier einfach einer ganz sensiblen Behandlung“, sagt Lenhart. Deswegen hoffen die beiden Frauen des Frauennotrufs darauf, dass es noch einmal einen Austausch zwischen Politik und den Protagonisten, die nah an den Opfern sind, gibt. „Wir kennen die

Bedürfnisse“, weiß die Sozialpädagogin – und wünscht sich eine zeitnahe Umsetzung. Vorher möchte sie auch den Kontakt beispielsweise zum Krankenhaus nicht intensivieren. „Wir wissen ja noch nicht, welche Änderungen es gegenüber den Modellprojekten geben wird, ob vielleicht andere Schulungen erforderlich sind. Wir stehen aber in den Startlöchern und unterstützen gerne“, so Rund. Sie hat die Erfahrung gemacht, dass Ärzte und Klinikteams dem Thema gegenüber offen sind, auch wenn es mit einem Mehraufwand einhergeht.

Aktuell ist die Zahl derer, bei denen eine medizinische Akutversorgung infrage kommt, im Rhein-Hunsrück-Kreis noch gering. Etwa 50 Fälle von Vergewaltigung hat das Team des Frauennotrufs im

vergangenen Jahr behandelt, lediglich ein Bruchteil davon sei in einer so frühen Phase gekommen, dass noch direkte medizinische Maßnahmen getroffen werden konnten. Oft würden Tage, Wochen und Monate vergehen, bis die Frauen in der Lage seien, sich Hilfe zu holen. „Wir wollen diese Frauen natürlich ermutigen, sich zumindest medizinisch versorgen zu lassen. Die Gespräche und die Aufarbeitung, das ist auch noch im Anschluss möglich.“ So könne das Sichern von Beweismitteln nur bis maximal drei, vier Tage nach der Tat erfolgen. Und genau deswegen müsse sensibilisiert werden, müssten Opfer darauf aufmerksam gemacht werden, was ihnen zusteht, nämlich Hilfe nach Vergewaltigung – wie es das Motto der Kampagne aussagt.